

KOPIE

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
STOCKHOLM

D/Wo.

Stockholm, den 1. August 1952.

Original dans: J.A. 21. 81 Su.

Copie pour : J.P. 58. 12. 22. 1

" " : J.P. 74. 13

" " : J.A. 14. 41. 32 Am.

" " : J.C. 41. 760. 0

Herr Bundesrat ,

Im Verlaufe einer Besprechung mit Herrn

Staatsrat Hammarskjöld hatte ich gestern Gelegenheit, mich mit ihm über die Ergebnisse seiner Reise nach London zu unterhalten, die hauptsächlich der Abklärung von Fragen im Zusammenhang mit dem Schuman-Plan und dem Edenplan gewidmet war. Des weiteren konnten während dieser längeren Unterredung auch verschiedene andere politische Gesichtspunkte erörtert werden.

Herr Hammarskjöld hat im wesentlichen Folgendes ausgeführt :

1. Seine Besprechungen in London haben in erster Linie die Vertretung der Nichtmitgliedstaaten bei der Organisation des Schuman-Plans berührt, welche vom 10. August an in Funktion treten soll. Mit Genugtuung habe er festgestellt, dass man britischerseits nicht auf eine diplomatische Vertretung der Nichtmitgliedstaaten bei der Montanunion tendiere. Man sei somit nicht geneigt, den französischen Plänen, gemäss welchen die Nichtmitgliedstaaten, gewissermassen in der Stellung von assoziierten Mitgliedern, formelle Vertretungen unterhalten sollen, entgegenzukommen. Als permanenter britischer Vertreter werde vielmehr eine Persönlichkeit in Aussicht genommen, welche ohne weiteres befähigt wäre, geschäftliche Verhandlungen über konkrete Fragen zu führen. Mit einer solchen Anordnung gehe auch Schweden durchaus einig.

2. Die schwedische Regierung mache sich mit Bezug auf die durch den Schuman-Plan herbeigeführte Diskriminierung grosse Sorge, sowohl was die formelle Frage der unterschiedlichen Behandlung in Zoll- und Tarifrfragen betrifft als auch hinsichtlich der mit den Mitgliedstaaten abzuschliessenden Lieferungsverträge zur Sicherung einer ausreichenden Versorgung und

Herrn Bundesrat PETITPIERRE ,
Chef des Eidg. Politischen Departements ,
B e r n



des Absatzes in Kohlen, Eisen- und Stahlprodukten. Ähnlich wie Grossbritannien befindet sich Schweden diesbezüglich gegenüber anderen Mitgliedstaaten in einer besonderen Lage wegen seiner eigenen Erzlager. Doch lege es den grössten Wert darauf, mit anderen Nichtmitgliedstaaten, speziell der Schweiz, das einzuschlagende Vorgehen gegenüber der Schuman-Plan-Organisation zu koordinieren und mit ihnen in fortlaufendem Kontakt zu bleiben. Auf keinen Fall würde die schwedische Regierung Abmachungen, die zwischen den 6 Mitgliedstaaten im Sinne eines "Masterplans" getroffen würden, als für sie bindend anerkennen.

Was speziell eine Diskriminierung der Zolltarife betrifft, habe man untersucht, ob diese Frage im Prinzip nicht am ehesten im Schosse des GATT aufgeworfen werden sollte. Doch habe sich ergeben, dass man diesbezüglich nicht auf eine Unterstützung durch die USA rechnen können, da die amerikanische Regierung sich eher für den Erfolg des Schuman-Plans als für die Berücksichtigung der Interessen der Nichtmitgliedstaaten interessiert zeige. Auch Grossbritannien würde sich diesem Vorgehen kaum anschliessen, da seine Haltung in Fragen der Diskriminierung in Anbetracht des Präferenzzollsystems zwischen den Commonwealth-Ländern präjudiziert sei. Man habe daher den Plan, diese Frage im Schosse des GATT aufzuwerfen, aufgegeben.

Es bleibe somit nichts anderes übrig, als im Wege bilateraler Verhandlungen an die 6 Mitgliedstaaten zu gelangen, sowohl für eine befriedigende Lösung der prinzipiellen Frage der Diskriminierung als auch die Lieferverträge selbst. Mit allen Mitgliedstaaten ausser Westdeutschland geniesse Schweden die Meistbegünstigung. Es wäre dem schwedischen Aussenministerium sehr gedient, die schweizerische Auffassung hinsichtlich des geschilderten Vorgehens kennen zu lernen.

3. Mit Bezug auf den Edenplan und Schwedens Stellung hierzu äusserte Herr Hammarskjöld eine eher zuversichtliche Auffassung. Er hält es zwar für vorteilhaft, wenn im Schosse des Europarats die Anregung Schumans für eine föderative Struktur der Montanunion ausgiebig diskutiert und nach allen Seiten beleuchtet werde, glaubt aber, dass man kaum zu einer konkreten Lösung gelangen werde. Die Engländer könnten selbstverständlich die dem Edenplan anhaftenden Schwächen nicht zugeben, aber es werde

- 3 -

immer deutlicher, dass dessen Verwirklichung, speziell auch was die Integration der europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Europarat betreffe, ad calendas graecas verschoben sei. Schweden werde daher das Problem seiner Stellung zum Europarat einstweilen nicht weiter in den Vordergrund rücken, da die Frage ja wahrscheinlich überhaupt gegenstandslos werde. Die Vorschläge der Commission des affaires générales des Europarats über eine abgestufte Mitgliedschaft desselben haben nach Herrn Hammarskjölds Ansicht eine nur theoretische Tragweite.

Was eine Integration der OEEC durch den Europarat betrifft, glaubt er durch den britischen Vorsitz in der OEEC werde deren Unabhängigkeit am ehesten gewahrt bleiben und bestehe auch eine sichere Gewähr für die Rücksichtnahme auf die Interessen der neutralen Mitglieder. Gewiss liege ein Beschluss der bereits zitierten Commission des affaires générales vor, doch handelt es sich dabei um einen frommen Wunsch und Herr Hammarskjöld meint, man brauche sich durch die Beschlüsse dieses Organs in keiner Weise beeindrucken zu lassen.

4. Wegen Kriegsmateriallieferungen aus den USA habe ich in einem Bericht an den Chef der Politischen Angelegenheiten vom 27. Juni bereits dargelegt, dass die schwedische Regierung hierüber eine Verständigung in ähnlichem Sinne wie die Schweiz mit der amerikanischen Regierung getroffen hat; die betreffende Vereinbarung ist seither in Form eines Notenwechsels endgültig getroffen worden. Herr Hammarskjöld schätzt sich glücklich, dass irgendwelche Indiskretionen hierüber sowohl hier als auch in Washington nicht stattgefunden haben. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Lage müssen diese Abmachungen unbedingt vorläufig geheimgehalten werden, das heisst, es sei vorgesehen, sie nicht vor dem 1. Oktober publik zu machen, da selbstverständlich eine Bekanntgabe an die parlamentarische Instanz auf die Dauer nicht umgangen werden kann.

5. Da Herr Hammarskjöld gegenwärtig, in Abwesenheit des Aussenministers Undén, interimistisch mit der Leitung des Aussenministeriums betraut ist, habe ich die Sprache auf die Weiterbehandlung des Konfliktes mit der Sowjetunion betreffend

die Flugzwischenfälle über der Ostsee gebracht . Er legte mir hierüber seine persönliche Ansicht dar ; endgültige Entschlüsse werden in dieser Frage nächsten Montag getroffen werden anlässlich des Zusammentritts der aussenpolitischen Kommission des Parlaments unter Vorsitz des Königs .

Herr Hammarskjöld meinte, dass die inhaltlich nicht anders als "idiotisch" zu bezeichnende Antwortnote der Sowjetregierung vom 16. Juli jede Diskussion über den dem Streitfall zugrunde liegenden Tatbestand ausschliesse . Gewiss liege nun ein Bericht vor, der die sowjetrussische Darstellung, was das am 16. Juni abgeschossene Militärflugzeug betrifft, absolut entkräften und den Beweis schaffen soll, dass dasselbe die russischen Territorialgewässer^{nie} überflogen habe . Es sei hingegen nutzlos, mit der Sowjetregierung den Fall weiter eruieren zu wollen und die schwedische Regierung werde sich wahrscheinlich darauf beschränken, in einer kurzen Schlussnote an ihrem Standpunkt festzuhalten und gleichzeitig darauf zu bestehen, dass die Weigerung Sowjetrusslands, den Fall einer internationalen Gerichts- oder Untersuchungsinstanz zu unterbreiten, mit den ihr aus der Mitgliedschaft bei der UNO obliegenden moralischen Verpflichtungen kaum in Einklang zu bringen sei . Mein Gesprächspartner fand es hingegen nicht empfehlenswert, dass die schwedische Regierung den Streitfall der UNO, sei es dem Sicherheitsrat sei es der Generalversammlung, unterbreite . Allerdings handele es sich heute nur mehr um die politischen Konsequenzen der durch die Abschliessung der schwedischen Flugzeuge erwachsenen Divergenz, aber deren Behandlung durch die UNO könnte dem Konflikt andere Aspekte verleihen, die mit dem klar abgegrenzten Tatbestand nichts zu tun haben und für Schweden allenfalls sehr unwillkommen wären . Bereits hat ja auch die Sowjetregierung versucht, die Luftzwischenfälle in weitere Zusammenhänge zu stellen und in der kommunistischen Propaganda auf eine Annäherung Schwedens an die atlantische Abwehrgemeinschaft anzuspielen . Jedenfalls würde Schweden bei einer Behandlung des Falles durch die Instanzen der UNO nichts gewinnen, da die Sowjetregierung

- 5 -

ihre Haltung eher noch versteifen würde . Hingegen werde sich die schwedische Regierung in ihrer Antwort an Moskau die Möglichkeit der Unterbreitung des Zwischenfalls an die UNO ausdrücklich vorbehalten müssen .

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung .

Der Schweizerische Gesandte

A. Däniker.